Diese Autos sind illegal

...wenn ihre Klimaanlagen nicht mit dem Killer-Kältemittel R1234yf laufen. Und das kann frühestens Ende 2012 in ausreichenden Mengen hergestellt werden

> Eine vertrackte Situation: Gegen alle Widerstände entschieden sich die Autohersteller 2009 für das Kältemittel R1234yf. Heute, drei Jahre später, ist es noch immer nicht in ausreichenden Mengen verfügbar. Dupont und Honeywell können ihre R1234yf-Fabrik in China nicht fertig bauen - wegen Umweltauflagen (siehe AU-TO BILD 3/12). Also werden neue Auto-Typen statt mit R1234yf noch mit dem alten Mittel R134a ausgeliefert. Folge: Diese Autos fahren ohne Allgemeine Betriebserlaubnis (ABE).

Michael Brenner, Professor für Verwaltungsrecht, erklärt: "Nach Paragraf Gesetzen".



Changshu/China: Hier wollen **Dupont und Honeywell gemein**sam R1234yf herstellen

gung für 40 000 neue B-Klassen. Diese sollten bitte noch legal mit R134a ausgeliefert werden dürfen. Das KBA lehnte jedoch ab, weil die EU-Richtlinie "die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nicht vorsieht". Stattdessen wurde eine Duldung vereinbart, laut Mercedes "im Einklang mit existierenden



Die Hersteller

Prof. Michael Brenner, Uni Jena

20 IV StVZO müssen Abweichungen von der ABE zwingend in einem Nachtrag erfasst werden."

Das Problem kennt, wer schon einmal eine andere Reifengröße oder einen Sportauspuff an seinem Auto montieren wollte: Jede technische Änderung muss der TÜV absegnen, sonst erlischt die ABE. Doch der TÜV trägt nur in die Papiere ein, was eine Zulassung vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) hat.

Eine Zulassung für das alte Kältemittel in neuen Autotypen gibt es aber nicht, denn sie verstieße gegen die EU-Richtlinie 2006/40/EG. Für Brenner ist die Sache klar: "Der schwarze Peter liegt bei den Autoherstellern."

Als Ende 2011 erstmals davon die Rede war, dass sich die Fertigstellung der Chemiefabrik in China verzögern würde, beantragte Daimler beim KBA E-Mail: redaktion@autobild.de eine Ausnahmegenehmi- Stichwort: Kältemittel

Der Engpass dürfte wegen anhaltender Probleme in China noch weitere Modelle betreffen, die in den kommenden Monaten erscheinen sollen (Fotos links).

Gefragt ist jetzt eine politische Lösung: "Letztlich ist der Verordnungsgeber, also das Bundesverkehrsministerium, aufgerufen, eine Übergangsregelung zu schaffen", so Brenner. Das Ministerium erklärte gegenüber AUTO BILD, man sei sich des Problems bewusst und arbeite zusammen mit der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten an einer Lösung. Doch das kann dauern.

Frank Rosin

Sie wollen uns Ihre Meinung zu diesem Thema sagen? Schreiben Sie uns:

AUTO BILD. Brieffach 3940. 20350 Hamburg Fax: 040-34724176